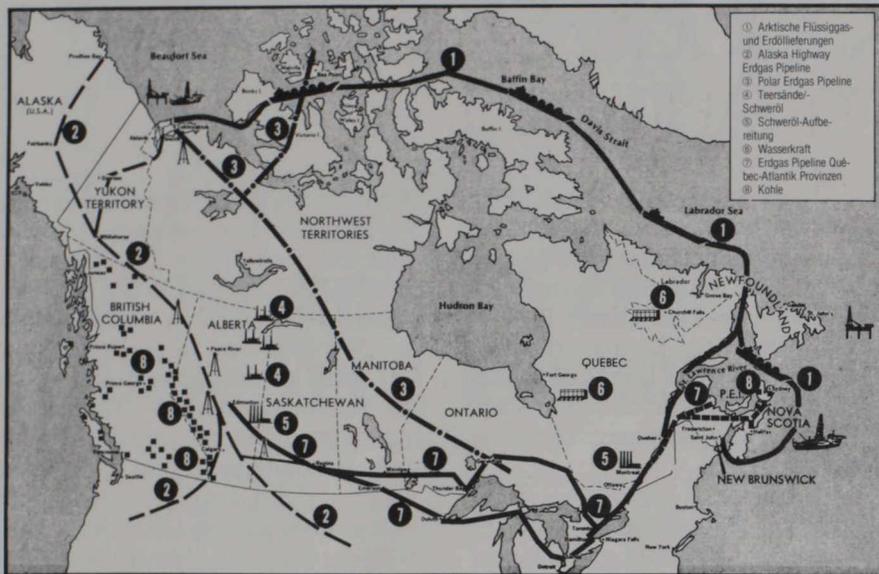


Kanadas Energie-Vorhaben



Diese Energie-Autarkie Kanadas kommt nicht nur dem Lande selbst zugute, sondern wird sich, weltweit gesehen, als Entspannungselement auf den Ölmärkten auswirken.

Mehr noch, Kanada wird, als Teil des neuen Energie-Programms, finanzielle, institutionelle und technische Mittel zur Erschließung von Energiequellen – besonders in der Dritten Welt – zur Verfügung stellen. Die zu diesem Zweck entstehende staatliche Gesellschaft Petro-Canada International kann Gelder in Höhe von 250 Mio. Dollar aufwenden.

Innerhalb des Landes selbst sieht das Programm eine Fülle von energiebezogenen Maßnahmen mit einem von der Bundesregierung zu finanzierenden Volumen von insgesamt 11,6 Mrd. Dollar bis 1983 vor.

Bis 1990 will Kanada

- neben der Unabhängigkeit von ausländischen Energiequellen
- eine starke innerkanadische Ölwirtschaft, die über wenigstens fünfzig Prozent der Anteile und die Kontrolle der im Lande arbeitenden Ölfirmen verfügt, aufbauen;
- den innerkanadischen Mineralölpreis aus weltmarktbedingten Wettbewerbsgründen auf nie mehr als 85% des Weltmarktniveaus steigen lassen.

Auf dieser Grundlage kommt der zügigen Entwicklung der kanadischen Mineralölwirtschaft, besonders aber der staatlichen Gesellschaft Petro-Canada, ein besonderes Gewicht zu. Mit dem Ausbau des rein kanadischen Mineralölsektors folgt Kanada dem Beispiel anderer wichtiger Nicht-OPEC Erdgas- und Mineralölförderländer, so Großbritanniens,

Norwegens, Australiens und Mexikos.

Heute liegen allein sechs multinationale Firmen, was ihr Marktvolumen angeht, innerhalb Kanadas vor der staatlichen Petro-Canada-Gesellschaft, und von den 25 führenden Anbietern sind nur acht mit einem Marktanteil von 18,7% in Kanada selbst beheimatet.

Die kanadische Bundesregierung – so das Energie-Programm – „hält die Bereiche Erdöl und Erdgas für einzigartig und daher – mehr als andere Wirtschaftsbereiche – größerer kanadischer Kontrolle bedürftig.“

Fast noch einschneidender sind die bevorstehenden Bemühungen einer Abkehr nicht nur vom importierten, sondern vom Erdöl ganz allgemein mit Nachdruck zu betreiben.

Während Erdöl 1979 noch 42,6% des Primärenergiebedarfs deckte, will Kanada diesen Anteil bis 1990 auf 26,7% senken.

Steigen werden der Verbrauch an Erdgas, Primärelektrizität, Kohle, regenerativen Brennstoffen (Wasserkraft nicht eingeschlossen) und sogenannten LPGs (Liquified Petroleum Gases – Flüssig-Gas).

Per Saldo geht das Programm von einem durchschnittlichen jährlichen Energieverbrauchsanzuwachs von 1,9% bis 1990 aus, also von einem Anstieg von $9,7 \text{ Kjoule} \times 10^{15}$ im Jahre 1979 auf $11,9 \text{ Kjoule} \times 10^{15}$.

Das jetzt eingeleitete Programm wird zwar durch erhebliche, auch steuerliche Neuregelungen eine spürbare Mehrbelastung der Verbraucher ergeben, kommt aber gleichzeitig dem Wunsch vieler Kanadier nach stärkerer innerkanadischer Kontrolle

über diesen entscheidend wichtigen Volkswirtschaftssektor zugute.

So sieht das Programm mittels einer Fülle von indirekten und direkten Beihilfe- und Subventionsinstrumenten eine wesentliche Entlastung jener kanadischen Gesellschaften vor, die in bislang kaum erschlossenen Grenzregionen wie der Arktis, vor den Küsten sowie zum Teil auch auf dem Festland neue Energiequellen zu nutzen hoffen. – Wohnungs- und Hausbesitzer erhalten bei der Umstellung von Öl- auf Erdgasheizung besondere Zuwendungen. Das Programm hat zunächst und, wie erwartet, eine breitgefächerte Diskussion entfacht, die im wesentlichen unter den Vorzeichen bislang umstrittener verfassungsmäßiger Vorkehrungen zu sehen ist.

Gleichwohl lassen, auch angesichts manch harter Auseinandersetzung zwischen einzelnen Provinzen und der Bundesregierung in Ottawa alle Seiten den Wunsch und die Bereitschaft nach einer positiven Lösung dieser Fragen erkennen.

Im Kern geht es bei diesen Kontroversen um die Suche nach einem verfassungsmäßigen Interessenausgleich zwischen den Provinzen – die gewisse Vorrechte bei der Zulassung von Erschließungs- und Fördervorhaben bei Bodenschätzen anmelden – und dem gleichfalls verbrieften Recht der Bundesregierung, letztliche Kontrolle über die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen des innerkanadischen Handels auszuüben. – Hinzu kommt, im Falle der Provinz Neufundland, eine bislang höchsttrichterlich verneinte Forderung der dortigen Regierung, die alleinigen Nutzungsrechte an der Ausbeutung mineralischer Rohstoffe vor der Küste vergeben zu dürfen.

Der Mann, dem schon in den vergangenen Monaten und sicher auch in unmittelbarer Zukunft die Hauptlast der komplexen Verhandlungen mit den Provinzen aufgebürdet ist, Energieminister Marc Lalonde, glaubt

Fortsetzung Seite 8